

STREIKBEWEGUNG AUSWEITEN!

Über 120.000 Beschäftigte im SWÖ sind zum Streik aufgerufen. Die Sozialistische LinksPartei erklärt ihre volle Solidarität! Mitglieder der SLP sind im Streik aktiv, das hier schlagen wir vor:

Streik werden vermutlich auch über diesen Tag hinaus nötig sein um unsere Forderungen zu erkämpfen. Zusätzlich zu der Arbeitszeitverkürzung müssen wir sicherstellen, dass niemand, auch nicht die Vollzeitbeschäftigten mit weniger Lohn aussteigen. +6% für uns alle, die Forderung des letzten Jahres, bleibt weiter aktuell. Wir brauchen transparentere und demokratischere Verhandlungen, angefangen von der Erstellung der Forderungen bis zu einer Abstimmung aller Beschäftigten darüber, ob sie das Verhandlungsergebnis akzeptieren!

Michael Gehmacher, ASB-Wohnen und Soziale Dienste Betriebsrat und Aktivist bei „Sozial Aber Nicht Blöd (SANB)“ und SLP

Aus irgendeinem Grund verhandeln Caritas&Diakonie immer noch getrennt vom SWÖ. So fällt es den Arbeitgebern nur noch leichter sich gegenseitig bei Löhnen und Arbeitsbedingungen zu unterbieten und wir schauen durch die Finger. Wir wollen gemeinsame Abschlüsse! Als Ersten sollte die Gewerkschaft für gemeinsame Aktionen aufrufen und zB Streiks aufeinander abstimmen.

Theresa Reimer, Caritas-Beschäftigte, SANB und SLP

Als Klient*innen solidarisieren wir uns mit Euren Forderungen und Euren Kampf! Auch wir spüren den Geldmangel im Sozialbereich und werden statt mit Lohn nur mit einem Taschengeld für unsere Arbeit abgespeist. Es wäre wichtig, dass es mehr öffentliche Protestaktionen auch während der Streiks gibt, damit auch Kolleg*innen aus anderen Branchen, Klient*innen und Angehörige diesen Kampf aktiv unterstützen können. Beim nächsten Streik sollte es Demonstrationen in allen Landeshauptstädten geben!

Patrick Pinner arbeitet in der ÖHTB Werkstätte Aichholzgasse, ist Mitglied der SLP und beim Netzwerk Selbstvertretung

Unter Schwarz-Blau sind WKO, IV&Co in die Offensive gegen alle Beschäftigten gegangen. Sozialversicherung, 12/60 für uns und Steuererleichterungen für Konzerne und Reiche. Außer uns haben damals auch die Metaller*innen und die ÖBB gestreikt, aber das allein hat nicht gereicht Schwarz-Blau zu stoppen. Jetzt müssen wir gegen Schwarz-Grün in die Offensive um all die Schweinereien rückgängig zu machen. Und dabei gilt es gleich echte Fortschritte bei Arbeitszeit, Löhnen, aber auch im Gesundheitssystem und fürs Klima zu erreichen.

Moritz Erkl, Sozialarbeiter beim Univ. Klinikum Graz und aktiv bei SANB und SLP

Bald ist wieder 8. März und Weltfrauentag. Auch Politiker*innen der etablierten Parteien werden dann wieder über „Gender Pay Gap“ sprechen, also darüber das in Österreich Frauen ca 20% weniger Lohn bekommen als Männer. Im Pflege- und Sozialbereich arbeiten ca 70% Frauen und die ganze Branche arbeitet am Rande der Armutsgrenze. Wenn es die Politik mit der Gleichbezahlung ernst meinen würde wäre mehr Geld für Gesundheit und Soziales ein konkreter Anfang. Sie meinen es aber nicht ernst, deshalb müssen wir uns das erkämpfen!

Sarah Lammer, Pädagogin in einer Einrichtung für beeinträchtigte Kinder in Linz, aktiv bei der sozialistisch-feministischen Plattform „Nicht Mit Mir“ und der SLP, organisiert die 8. März Demo in Linz

In unserem (Berufs-) Alltag haben wir es ständig mit den Auswirkungen von Armut und sozialer Ausgrenzung zu tun. Der Kapitalismus behandelt Menschen abhängig von Verwertbarkeit und Profitabilität, aber er behandelt fast alle schlecht. Viel zu oft müssen wir auffangen, was dieses System bei den Menschen anrichtet und sind dabei selber schlechten Arbeitsbedingungen und Niedriglöhnen ausgesetzt. Von Frankreich bis Irak oder Ecuador: In vielen Teilen der Welt haben die Menschen angefangen sich zu wehren. Wir brauchen eine internationale Antwort auf den Kapitalismus, eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft in der wir selber bestimmen wie wir produzieren, arbeiten und leben wollen!

Nico Prettner arbeitet bei der Lebenshilfe Graz und ist aktiv bei SLP und SANB

Es ist nicht genug Geld da. Die SWÖ-Arbeitgeber tragen durch ihren Wettbewerb nach unten gegenüber den öffentlichen Kassen eine Mitverantwortung, aber tatsächlich müssen die Länder mehr Geld bereitstellen! Tatsächlich wird seit Jahren gekürzt, in Wien wurde sogar ein „Nulldefizit“ für 2020 beschlossen, also ist hier mit noch mehr Kürzungen zu rechnen. Politik sollte sich zuerst daran orientieren was nötig ist, nicht daran was auf dem Papier gut aussieht. Nicht weniger, sondern viel mehr ist nötig um eine ordentliche Gesundheitsversorgung und ordentliche soziale Dienste möglich zu machen. Das Geld dafür müssen wir uns eben von den Reichen holen! Auch dafür braucht es Gewerkschaft!

Sarah Moayeri, in der Streikleitung beim Verein Wiener Jugendzentren, SLP und SANB

Einladung zu unseren wöchentlichen Treffen

Montag um 18.00
"Zypresse", 7., Westbahnstraße 35A

Dienstag und Donnerstag um 18:30
"SLP-Büro", 20., Pappenheimgasse 2/1